

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 666 848 ppbn d
Telefax: 21 0684

Inhalt

Eberhard de Haan zum Ausländergesetz-Entwurf der Bundesregierung: Fehlstart einer Reform.

Seite 1

Gerhard Schröder MdL zu den Plänen einer niedersächsischen SPD-Landesregierung: Kreditprogramm für billigeren Haus- und Wohnungsbau.

Seite 3

Walter Caroli MdL zum Erfordernis, die Bodenvergiftung abzubauen: Dioxin-Belastung schränkt Landwirtschaft ein.

Seite 4

Dokumentation

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, hielt zum 45. Jahrestag der Befreiung von Bergen-Belsen eine Ansprache, die wir in Auszügen dokumentieren: Warnung vor übersteigertem Nationalismus.

Seite 5

45. Jahrgang / 77

23. April 1990

Fehlstart einer Reform

Zum Ausländergesetz-Entwurf der Bundesregierung

Von Eberhard de Haan

Leiter der Abteilung Ausländerpolitik im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt

Weder demokratischer Protest noch kritischer Sachverstand werden die Koalitionsmehrheit davor bewahren, einem Gesetz zuzustimmen, dessen Schlußfassung ihr noch druckfeucht vorgelegt wird.

So übereilt, daß kaum Zeit zur Kenntnis, geschweige denn zur Erkenntnis des Inhalts bleiben wird.

Die Kritik am bestehenden Ausländergesetz ist so alt wie das Gesetz selbst. Die Forderung nach einer Reform war allgemein und begründet. Diesen Gesetzentwurf hat jedoch niemand gefordert, aber nicht wenige haben ihn befürchtet, zumindest seit 1988, als die ersten nationalistisch aufgemischten Entwürfe des Bundesinnenministeriums bekannt wurden.

Der herbeigeredete Zeitdruck läßt sich aus keiner innenpolitischen Notlage erklären, die von den ausländischen Minderheiten zu vertreten wäre. Sie haben auch ohne rechtliche Sicherung ihres Aufenthaltes erhebliche Integrationsfortschritte geleistet. Deshalb muß die Reform des Aufenthaltsrechts einer multikulturellen Partnerschaft den rechtlichen und schützenden Rahmen verschaffen.

Weder im Entwurf noch in der Begründung sind auch nur Spurenelemente der sozialwissenschaftlichen Forschungen nachzuweisen, die zu Migrationsproblemen vorliegen. Es dominiert ein weitgehend autonomes Polizeirechtsdenken, das von Gedanken der Überwachung, des Verbots und des Vorrangs öffentlicher Interessen bestimmt wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwat und Versand.

Vertriebspartner
Hilfsdienstleistungen
Kreuzing-Partner



Das Schicksal der nationalen Minderheiten wird damit einem Gesetz unterworfen, dessen angstfördernde Kompliziertheit nur Experten nach wochenlanger Analyse erfassen können.

Die entscheidenden Schritte zur Integration, Familiennachzug, unbefristeter Aufenthalt, Aufenthaltsberechtigung werden von Wohnungsnachweisen abhängig gemacht, die auch von vergleichbaren deutschen Familien häufig nicht erbracht werden könnten.

Die bisherigen Ermessensspielräume werden durch Rechtsansprüche nicht ersetzt, sondern in Bedingungskataloge verlagert, die den Rechtsanspruch zum Nadelöhr zusammenpressen.

Als Weichzeichnung werden die Umriss einer auf Abwehr der Migration konzipierten Ausländerpolitik sichtbar:

- Die zur Arbeit eingewanderte 1. Generation bleibt dem Zeitablauf überlassen.
- Zukünftige Zuwanderung wird nur auf Zeit zugelassen (Rotationspolitik).
- Die zweite Generation wird zur Einbürgerung gedrängt, bei Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit.

Wenn dies ein Kompromiß sein soll, stellt sich die Frage, welche Interessen dabei kombiniert worden sind. Nicht zwischen deutscher Mehrheit und nationalen Minderheiten. Diese sind gar nicht angehört worden.

Einzig erkennbar ist ein Kompromiß zwischen denen, die das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten und denen, die es dafür nutzen wollen. Vor allem um der sozialen Konkurrenz im unteren Gesellschaftsdrittel ein Erklärungsmuster anzubieten, das von den Ursachen der Defizite am Wohnungsmarkt, bei Ausbildung und Arbeit ablenkt. Ein Kompromiß, der die Liberalen kompromittiert, die Nationalkonservativen nur gedämpft triumphieren läßt, der REP aber nicht entgegentritt.

Als Schubkraft der Einigung hat Fremdenfeindlichkeit die Nation schon einmal ins Abseits geschoben.

(-/23.4.1990/rs/ks)

* * *

Kreditprogramm für billigeren Haus- und Wohnungsbau

Zu den Plänen einer niedersächsischen SPD-Landesregierung

Von Gerhard Schröder MdL
Spitzenkandidat zu den niedersächsischen Landtagswahlen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Um den Bau von Häusern und Wohnungen für die Bauherren billiger zu machen und um damit auch zu bezahlbaren Mieten zu kommen, wird eine niedersächsische SPD-Landesregierung nicht nur eigene Programme auflegen, sondern auch im Bundesrat entsprechende Schritte einleiten. Vor allem sollen mit einem Kreditprogramm die „viel zu hohen“ Hypothekenzinsen ausgeglichen werden.

Beim Neubau von Eigenheimen und freifinanzierten Wohnungen soll die Kreditanstalt für Wiederaufbau einspringen, wie das auch beim Aus- und Umbau von Gebäuden bereits der Fall ist. Je nach Entwicklung der Zinsen, zunächst aber für vier bis fünf Jahre, soll sie rund drei Prozent der Hypothekenzinsen übernehmen. Diese liegen inzwischen bei zehn Prozent.

Viele Bauherren mußten ihr Haus verkaufen, andere zusehen, wie es unter den Hammer kam. Andere wieder müssen ihre Baupläne aufgeben.

Auf rund 300 bis 500 Millionen Mark pro Jahr ist der Kreditrahmen zu beziffern. Die Kosten für die Kreditanstalt müssen aus dem Bundeshaushalt zurückerstattet werden. Das Programm soll an bestimmte Einkommensgrenzen gekoppelt und gestaffelt werden. Ich denke an Obergrenzen von 50.000 bis 80.000 Mark.

Angesichts von dramatischem Wohnungsmangel und hohen Mieten bekräftige ich, daß eine SPD-Regierung sofort ihr Programm für den Bau von 80.000 Sozialwohnungen starten wird. Zudem wird das soziale Mietrecht wieder hergestellt, der Mieterschutz verbessert.

Eine Wohnung ist nämlich kein x-beliebiges Wirtschaftsgut. Sie ist ein Sozialgut.

(-/23.4.1990/rs/ks)

* * *

Dioxin-Belastung schränkt Landwirtschaft ein

Zum Erfordernis, die Bodenvergiftung abzubauen

Von **Walter Caroli MdL**
Naturschutz-Experte der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Die Dioxinbelastung der Böden in Baden-Württemberg erreicht die Dimension eines Flächenbrandes. Erhebliche Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung sind zu erwarten, wenn aufgrund landesweiter Untersuchungen genauere Flächenangaben möglich und die Empfehlungen des Bundesgesundheitsamts strikt befolgt werden.

Bisher liegen Ergebnisse von 620 Bodenproben landwirtschaftlich und gärtnerisch nutzbarer Flächen vor. Daraus ergibt sich eine Grundbelastung der Böden mit Dioxinen und Furanen von circa 1 Nanogramm te/kg Boden. Die Dioxinbelastung landwirtschaftlich genutzter Flächen in der Umgebung von Müllverbrennungsanlagen und anderen Emittenten ist dagegen sehr unterschiedlich und schwankt zwischen 0,2 und 34 ng te/kg Boden, bei anderen Emittenten zwischen 0,01 und 29039 ng te/kg Boden.

Anbauempfehlungen gibt es bisher nur in den flächenmässig größeren Belastungsgebieten in Rastatt, Crailsheim-Maulach und Eppingen mit zusammen etwa 300 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Dringend erforderlich ist es:

- Die Grundbelastung der Böden flächendeckend zu ermitteln.
- Einheitliche Grenz- und Richtwerte aufzustellen.
- Den Belastungspfad Boden-Pflanze-Tier-Mensch eingehender zu erforschen.
- Das immer wieder angekündigte Bodenschutzgesetz endlich vorzulegen.
- Vor dem Eingehen neuer Risiken, wie zum Beispiel bei dem Bau von Müllverbrennungsanlagen, die bereits vorhandene Grundbelastung der Böden festzustellen.
- Eine rigorose Politik der Minimierung dieser Ultragriffe zu betreiben.

Den Landwirtschaftsverbänden ist zu raten sich eingehender der Vergiftung landwirtschaftlicher Nutzflächen mit Dioxinen zuzuwenden.

Vorsorge ist allemal besser als die Forderung nach Ausgleichszahlungen, wenn das ganze Ausmaß der Vergiftung von Böden und Nahrungsmitteln feststeht und entsprechende Grenz- und Richtwerte gelten.

(-/23.4.1990/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Heinz Galinski: Warnung vor übersteigertem Nationalismus

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland hielt zum 45. Jahrestag der Befreiung von Bergen-Belsen eine Ansprache, die wir in Auszügen dokumentieren.

Wenn mein Blick an dieser Stelle über die freie Fläche schweift, so sind es zwei Landschaften, die bei mir auftauchen: die eine vom jenen 15. April 1945 und die andere - die scheinbar friedliche - von heute. Niemand, der an jenem Tag vor 45 Jahren die ersten britischen Panzer durch die Lagereinfahrt rollen sah, wird diesen Augenblick in seinem Leben je vergessen. Niemand von den jahrelang hinter Stacheldraht verklavten Lagerinsassen wird die unzählige Male davor erträumten Ausrufe der britischen Soldaten vergessen: „Ihr seid nun frei, ab sofort seid ihr unter unserem Schutz!“

So unglaublich und vergeßlich war für uns Überlebende das von vielen nicht mehr erwartete Erlebnis, daß auch das lebendige Bild dieser Szene vom inneren Auge nicht zu tilgen ist, daß es sich beim Anblick dieser Fläche dem gegenwärtigen zugesellt und eine Doppellandschaft schafft, die dem nachgeborenen Besucher oder einem Zeitzeugen, der die Tage des Jahres 1945 aus anderer Perspektive wahrgenommen hat, verborgen bleibt.

Aber ich unterstelle, daß das Bild von Bergen-Belsen heute für niemandem auf dieser Welt einschichtig und von dem scheinbaren Frieden allein geprägt bleibt. Dieses Lager war es, in dem die Angehörigen der alliierten Truppen schockiert waren vom Anblick des Schreckens und in dem sie ihre eigene Betroffenheit für die ganze Welt und die nachfolgenden Generationen in Filmbildern festhielten. All das und das Bewußtsein der unzähligen Toten, deren Reste unter der uns umgebenden Erde ruhen, machen die Empfindungen aus, die den Menschen an dieser Stelle bewegen.

Von Juden auf der ganzen Welt wird der heutige Tag als der Jom Hascho'ah - der Tag der Katastrophe, des Völkermordes - begangen, und wir gedenken an diesem Tag eines Drittels unserer Gemeinschaft, wir erinnern uns an Millionen von Menschen, die während einiger wenigen Jahren dahingerafft wurden, nur weil sie Juden waren. Aber Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Bergen-Belsen und viele andere Stätten des grausamen Todes sind nicht nur Orte der Trauer für Juden. Sie vermitteln für jedermann, für den Menschen als Gattung, einen Aufschrei des Entsetzens über das Ausmaß des Bösen, dessen sich der Mensch und die menschliche Gesellschaft als fähig erwiesen hat.

Daher empfinde ich es als besonders schmerzhaft und paradox, daß es noch heute, 45 Jahre nach der Befreiung, Menschen gibt, die eine Parole wie „Auschwitz-Lüge“ verbreiten können, daß es Menschen gibt, die die Echtheit des Tagebuchs von Anna Frank bezweifeln, daß es Historiker gibt, die den Versuch unternehmen, das Gewicht der begangenen Verbrechen zu relativieren und gegen Übeltaten anderer Völker aufzurechnen. Es ist kein Ausweg aus der seelischen Belastung, die Wahrheit zu verzerren oder sie zu verdrängen. Der einzige Ausweg heißt - Bekenntnis zur Verantwortung und aufrichtige Auseinandersetzung.

Die Jahre der Verfolgung werden in die Geschichte vor allem als Jahre des Versagens der menschlichen Moral eingehen. Zu hunderten und tausenden hat man uns am helllichten Tag aus unseren Wohnungen abgeholt, durch die Dörfer und Städte Deutschlands geschleppt, in Eisenbahnwaggons verladen und deportiert. Das konnte geschehen, ohne daß die Zeugen Einspruch erhoben hätten, ohne daß die SS, die SA und die Gestapo an ihrem mörderischen Werk gehindert worden wären, ohne eine Kundgebung und Protestes.

Daher verfolgte ich die dramatischen Ereignisse in Dresden, Leipzig und Ostberlin im Oktober des vergangenen Jahres mit viel Aufregung und Sympathie, aber auch mit etwas Wehmut. Beim Anblick von Menschenmassen, die ihre Ablehnung des offensichtlichen Unrechts mit Mut und Zivilcourage offen zum Ausdruck bringen und damit gewaltfrei eine Veränderung der Verhältnisse bewirken, mußte ich unwillkürlich daran denken, wieviel Leid und Unglück, wieviele Verbrechen hätten verhindert werden können, wenn auch damals bei der Mehrheit Gleichgültigkeit dem Mut gewichen wäre, Egoismus der Zivilcourage und Angst dem moralischen Empfinden.

Um so höher müssen die Taten der wenigen gewürdigt werden, die der allesumfassenden Propaganda nicht gestattet, ihren Blick für den menschlichen Anstand trüben zu lassen, die unter dem Einsatz des eigenen Lebens den Verfolgten ihre Hilfe angeboten haben. Es waren jene Menschen, die wir heute „die unbesungenen Helden“ nennen und deren Handeln vor allem von der jungen Generation als Beispiel beherzigt werden sollte.

Wir, die Überlebenden, zollen diesen Menschen unsere uneingeschränkte Dankbarkeit, und ich meine, daß sie nicht nur unsere, sondern auch die Dankbarkeit dieses ganzen Landes verdienen. Sie waren es nämlich, die mit ihren Taten den Beweis erbracht haben, daß es in jenen Zeiten auch ein anderes Deutschland, auch andere Deutsche gab. Und einen solchen Beweis, wie auch den Vertrauensbeweis, den wir mit unserer Rückkehr aus den Lagern erbrachten, hatte dieses Land nach der Befreiung vor 45 Jahren bitter nötig. Dies waren die Bausteine für die ersten Brücken zur zivilisierten Welt, mit denen das berechtigte Mißtrauen überwunden wurde, das unter anderem auf den authentischen ersten Filmaufnahmen aus Bergen-Belsen fußte.

Wir haben mit unserem Vorgehen ein wichtiges Stück Mitverantwortung für die Bundesrepublik auf uns genommen, besondere Verantwortung vor allem für die Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft. Deshalb betrachten wir auch mit besonderer Sorge alles, was dazu angetan ist, das von uns mitgeschaffene Vertrauen aufs Spiel zu setzen oder zu zerstören. Und in diesem Zusammenhang möchte ich an alle verantwortlichen Politiker beiderseits der noch bestehenden deutsch-deutschen Grenze appellieren, in ihrem Tun Weitsicht und Besonnenheit walten zu lassen. Übereilte Prozesse, zumal in Begleitung von Offenbarungen eines übersteigerten Nationalismus fügen der heute von kaum jemandem noch in Frage gestellten Sache der deutschen Einheit einen - diesmal im engsten Sinne des Wortes - nicht wiedergutzumachenden Schaden zu.

Nur ein organischer Prozeß des Zusammenwachsens im gesamteuropäischen Rahmen, unter Zustimmung der Alliierten und der anderen betroffenen Nachbarländer und mit garantierten europäischen Grenzen kann in eine friedvolle und demokratische Zukunft führen. Und die beste Voraussetzung zur Realisierung eines solchen Prozesses wäre, sich das verhängnisvolle Kapitel der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft genau anzuschauen, sich zu der historischen Verantwortung zu bekennen und die entsprechenden Lehren für den dramatischen politischen Alltag dieser Wochen und Monate zu ziehen.

Vor einigen Wochen erklärte der Bundespräsident von Weizsäcker gegenüber der Weltpresse, es dürfe „keine Rückkehr in eine nationalistisch verdorbene Vergangenheit geben“. Wie schon so oft in der Vergangenheit brachte er damit lapidarisch etwas zum Ausdruck, was eigentlich zum Selbstverständnis eines jeden Bürgers dieses Landes gehören sollte, was aber leider nicht immer mit Selbstverständlichkeit in Taten umgesetzt wird.

Wenn ich an dieser Stelle meinen Erinnerungen freien Lauf lasse, wenn ich mich im Gedächtnis in die Apriltage 1945 und in die Jahre danach versetze, merke ich, welch langen Weg wir seit dieser Zeit zurückgelegt haben. Die aktuellen Ereignisse lassen mich allerdings ahnen, daß auf dem Weg, der noch vor uns liegt, viele Hindernisse zu bewältigen sein werden. Und die Toten von Bergen-Belsen mahnen uns, die bisher eingeschlagene Richtung nicht zu ändern.

(-/23.4.1990/rs/ks)